Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 10 (1988)

Heft: 39

Artikel: Forschung und Entwicklung müssen soziale und ökologische Ziele verfolgen und gesellschaftlicher Kontrolle unterliegen

Autor: Wulf-Mathies, Monika

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653401

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Forschung und Entwicklung müssen soziale und ökologische Ziele verfolgen und gesellschaftlicher Kontrolle unterliegen

von Monika Wulf-Mathies

Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften werden im vor uns liegenden Zeitraum darin bestehen,

- ▷ Initiativen zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit fortzusetzen,
- ▷ zu einer sozial und ökologisch verträglichen Anpassung der Ökonomie beizutragen,
- ▷ die Aufgaben, Finanzierung und Binnenstrukturen staatlicher Tätigkeit auf neue Anforderungen zu orientieren,
- ▷ Substanz und Strukturen unserer sozialen Sicherungssysteme zu verbessern und
- ▷ in allen Bereichen neue Techniken und Verfahren in Entwicklung und Anwendung sozial zu gestalten.

Die Bedeutung von Forschung und Entwicklung steigt dabei allenthalben.

Heutzutage gibt es kaum noch eine Konzeptdiskussion, kaum eine Produkt- und Verfahrensinnovation, kaum eine größere Umstellung, die nicht durch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten initiiert und eingeleitet wird. Auch in der Politikberatung, z.B. in den genannten Feldern, spielt wissenschaftliche Zuarbeit eine immer größere Rolle.

Dabei läßt sich die klassische Gliederung in Forschung, Entwicklung und Anwendung immer weniger auseinanderhalten, da diese Phasen nicht mehr linear hintereinander liegen, sondern oft schleifenförmig miteinander verzahnt und verwoben sind.

Die Komplexität der Themen und ihre gesellschaftliche Bedeutung erhöht gleichzeitg die Verantwortung der Forscherinnen und Forscher, der Entwicklerinnen und Entwickler.

Fehler und Oberflächlichkeiten können enorme Schäden verursachen und irreparable Konsequenzen haben (siehe in diesem Zusammenhang Biotechnologien).

Wird deshalb heute sorgfältiger geforscht?

Werden Bedingungen geschaffen, die gründliches Arbeiten zulassen?

Wird zentralen gesellschaftlichen Fragen, etwa der Technikfolgenabschätzung, der Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden, ausreichend Raum gegeben?

Gibt es eine breite gesellschaftliche Diskussion, um unser Werte- und Ethiksystem im Gleichklang mit immer weiterreichenden, oft riskanten Forschungen zu halten?

Sind Forschung und Entwicklung so transparent, daß die interessierte Öffentlichkeit Anteil nehmen und sich gegebenenfalls rechtzeitig einmischen kann?

Ich muß für mich einen Großteil der Fragen mit NEIN beantworten. Denn es nimmt – bei aller Sorgfalt einzelner Akteure – eine Verwertungsorientierung des Wissenschaftsbetriebes zu, die vor allem nach dem unmittelbaren ökonomischen Nutzen fragt, daraufhin die Rahmenbedingungen gestaltet, ihre Ziele setzt und ihre Arbeit organisiert. Im – noch halbwegs – öffentlichen Teil der Forschung und Entwicklung halten die sogenannten Umschichtungen von Geistes- zu Naturwissenschaften an, restriktive Tendenzen in der Hochschulgesetzgebung haben undemokratische Strukturen wiederhergestellt und gestärkt, die Bedeutung von Drittmittelfinanzierungen – und damit der Industrieinteressen – ist gestiegen, Ansätze für mehr Transparenz und Öffentlichkeit sind im Gefolge von AN-Instituten, wiederhergestellter Ordinarienmacht und gewachsenen Industrieeinflüssen untergegangen.

Selbst im einzelnen Projekt hat die Arbeitsteilung weiter zugenommen, wird die Arbeit oft industriemäßig organisiert.

Gleichzeitig ist die Lage des Personals in den öffentlich getragenen bzw. geförderten Teilen des Forschungs- und Entwicklungsbereiches in nicht wenigen Fällen durch prekäre Arbeitsbedingungen und hohe Arbeitsbelastungen gekennzeichnet, verschärfen sich persönliche Abhängigkeiten.

Sind diese Entwicklungen und Bedingungen im öffentlichen Bereich noch hier und da Gegenstand kritischer Diskussionen, so gleicht die Situation der Forschung und Entwicklung im privaten Sektor für Dritte einer »black-box«. Aber ihre Bedeutung für neue Produkte und Geräte, andere Pharmazeutika, Arbeitsmittel im Haushalt und am Arbeitsplatz, Unterhaltungsmedien etc. ist eher noch größer als die der öffentlichen Arbeiten.

Wer fragt hier nach Nützlichkeit, sozialer und ökologischer Verträglichkeit?

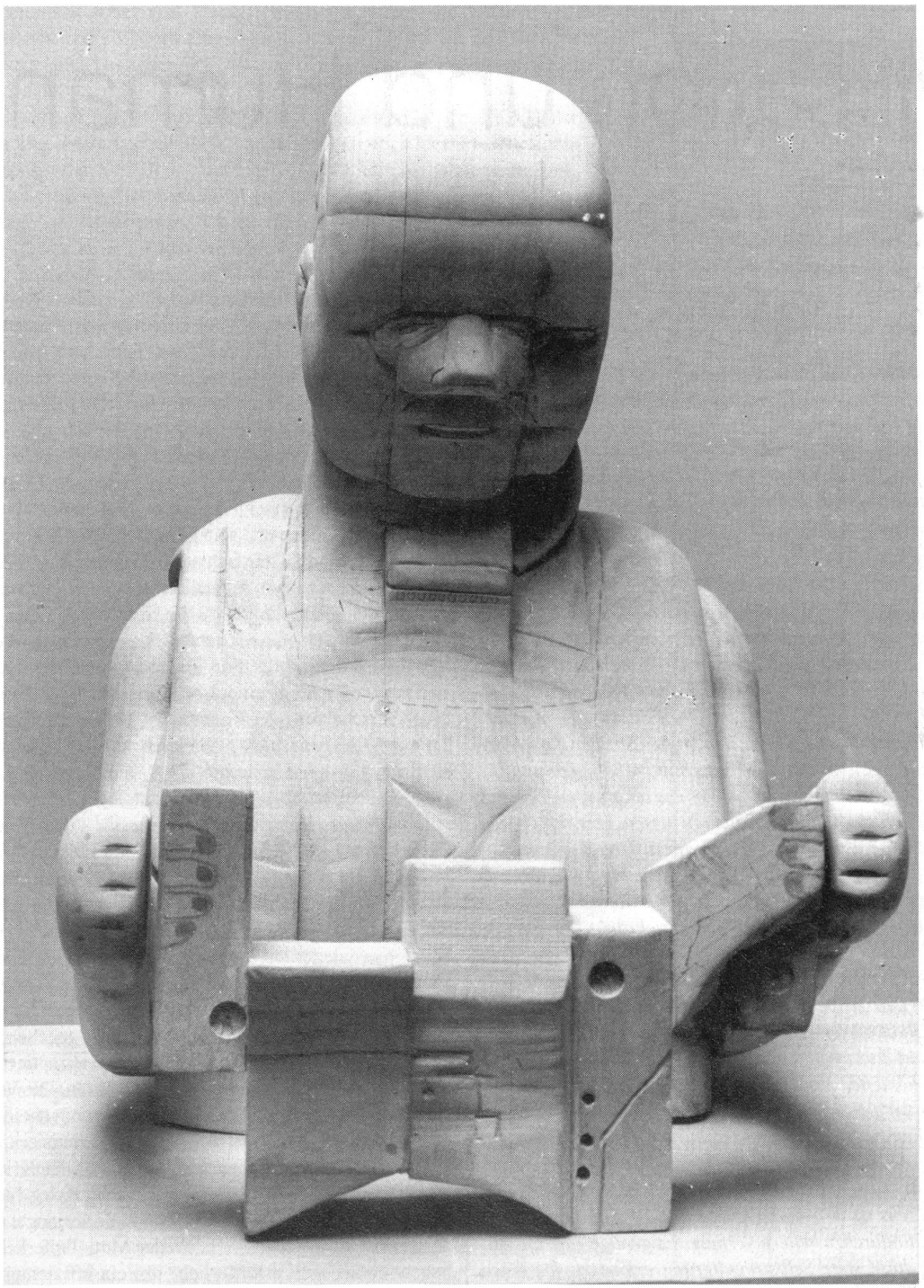
Können Transparenz und Öffentlichkeit unter Verweis auf Firmengeheimhaltung und Konkurrenzvorteile auch bei lebenswichtigen (Rüstungstechnologien!) und sozial einschneidenden neuen Technologien verweigert werden?

Kann »der Markt« (im Nachhinein!) ein ausreichender Selektionsmechanismus sein?

Brauchen wir neben einer verbesserten Umweltverträglichkeitsprüfung nicht auch eine präventive Sozialverträglichkeitsprüfung?

Gewiß, diese Fragen sind nicht neu. Aber sie sind immer noch nicht gelöst. Auch die Gewerkschaften müssen energischer auf Lösungen drängen. Das bedeutet:

- ▷ Für mehr Öffentlichkeit und Transparenz in Wissenschaft und Forschung eintreten, ihrer gesellschaftlichen Bedeutung endlich auch eine gesellschaftliche Öffnung einfügen!
- ▷ Bedürfnissen, Erwartungen und Interessen von Arbeitnehmern und benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen in Sozial- und Naturwissenschaften Raum geben, dazu auch die »kleine« Kooperation (vor Ort, in der Uni, in Betrieben und Verwaltungen) von allen Beteiligten (auch unseren Funktionären) suchen!



Carlo Bieberbick: »Fließbandarbeiterin«, Holz

▷ Die Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Naturwissenschaftler(inne)n ausbauen, in vielerlei Hinsicht Interdisziplinarität suchen!

▷ Demokratische Strukturen in öffentlichen und privaten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wiederherstellen.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, insbesondere stabile Arbeitsverhältnisse, akzeptable Belastungen und fördernde Qualifizierungsmöglichkeiten für die Forscher-/Entwickler/innen selbst durchsetzen.

Arbeitnehmer/innen und Gewerkschaften brauchen Forscher- und Entwickler/innen, um gute Konzepte ausarbeiten und umsetzen zu können.

Umgekehrt brauchen Forscher-/Entwickler/innen Gewerkschaften für ihre heutigen Arbeitsbedingungen und zukünftige Arbeitsperspektiven. Spielräume lassen sich in jeder Hinsicht nur durch gemeinsame Anstrengungen erreichen!

Unsere Zusammenarbeit muß deshalb enger werden. Ich wünsche der Zeitschrift »Wechselwirkung« eine gute Zukunft. ♦

Monika Wulf-Mathies ist Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV.